

Landesvorsitzende Jahresgruß

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Kollegin und lieber Kollege,

was bringt uns das neue Jahr? Klar ist: Es wird für uns alle herausfordernd – 2025 wird für die Gewerkschaften und die Kolleginnen/Kollegen des öffentlichen Dienstes eine ganz und gar weitgehende Bedeutung haben. Erneut gilt: Wir müssen kämpfen, weil uns die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren nichts in den Schoß legen werden!

Die politische und parlamentarische Szene ist brisant. Die auf den 23. Februar 2025 vorgezogene Bundestagswahl lässt grüßen – selten war eine Wahl so spannungsgeladen.

In diesen wildbewegten Zeiten muss und wird sich der öffentliche Dienst in seiner Gesamtheit erneut als Stabilitätsfaktor für Staat und Gesellschaft bewähren müssen. Und diese Herausforderung werden wir – dessen bin ich mir sicher – meistern.

Die entscheidende Frage für mich lautet: Wie gehen die Politik, die Parteien und die Regierungen mit dem öffentlichen Dienst um? Erkennen sie – und zwar nicht nur in Worten, sondern vor allem mit Taten – seine zentrale Bedeutung für alle öffentlichen Bereiche und für Staat und Gesellschaft? Wir werden das ganz genau verfolgen und ich lade alle Kolleginnen und Kollegen ein, Gleiches zu tun.

Wichtig ist: Ein funktionierender öffentlicher Dienst ist für

unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unverzichtbar. Wir sind das Rückgrat unserer Demokratie. Ob in Schulen, Behörden, bei der Polizei oder in Krankenhäusern – überall sorgen engagierte Kolleginnen und Kollegen dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Wertschätzung, nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der praktischen Politik.

Unsere Forderungen zur nächsten Tarifrunde sind klar und gerechtfertigt: im Volumen 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 350 Euro monatlich. Diese Erhöhung ist dringend notwendig, um die anhaltende Inflation auszugleichen und den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Wir fordern zudem drei zusätzliche freie Tage pro Jahr sowie die Einrichtung eines flexiblen Arbeitszeitkontos. Diese Maßnahmen sind entscheidend, um die Work-Life-Balance unserer Kolleginnen und Kollegen zu verbessern und den öffentlichen Dienst für junge Fachkräfte attraktiver zu machen.

Die Verhandlungen werden – wieder einmal – nicht einfach werden. Die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren singen schon jetzt und damit deutlich vor Beginn der Verhandlungen das Klagelied der leeren Kassen. Aber: Wir sind gut vorbereitet und gehen mit der vollen Unterstützung unserer Mitglieder in die Verhand-

lungen mit Bund und Kommunen. Wir werden den Arbeitgebern die Gretchenfrage stellen, wie sie die riesigen Lücken der in den Ruhestand wechselnden Babyboomer mit einer unattraktiven Bezahlung schließen wollen. Sollten die Arbeitgeber nicht auf unsere berechtigten Forderungen eingehen, müssen wir alle bereit sein, uns auf der Straße Gehör zu verschaffen. Die hohe Aktionsbereitschaft unserer Mitglieder werden wir nutzen, um massiven Druck auf die Arbeitgeber auszuüben.

Trotz der aktuellen Konjunkturdelle muss das Personal im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen fair und gut bezahlt werden. Was zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVÖD) erstritten wird, ist anschließend in der tarifvertraglichen Auseinandersetzung um den Ländertarifvertrag (TV-L) ebenfalls durchzusetzen und systemkonform auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Sektor spitzt sich dramatisch zu. Prognosen zufolge könnten dem öffentlichen Dienst bis 2030 in Deutschland etwa eine Million Fachkräfte fehlen. Diese alarmierende Zahl sagt uns: Es ist nicht FÜNF Minuten vor zwölf, sondern EINE Minute! Und das Arbeitgeberlamento der „leeren Kassen“ reicht da als Antwort nicht.



Lilli Lenz

Konkret bedeutet das:

1. Regelmäßige Gehaltsanpassungen sind nötig, um die Inflation auszugleichen und Reallohnverluste zu vermeiden. Die reibungslose, im aktuellen Koalitionsvertrag der rheinland-pfälzischen Ampelregierung verbrieft Übertragung der Ländertarifergebnisse nach dem Prinzip 1:1 auf Besoldung sowie Versorgung der Beamtenschaft im Landes- und Kommunaldienst muss verbindlicher Handlungsrahmen für die Landespolitik bleiben!
2. Wir müssen die Einstiegsgehälter anheben, um mit der Privatwirtschaft konkurrieren zu können.
3. Arbeitszeitgestaltungen mit der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und flexibler Nutzung je nach individueller Lebenslage sind unerlässlich für eine lange Mitarbeiterbindung.

Parallel zur Einkommensrunde wirft die Bundestagswahl 2025 ihre Schatten voraus. Als Ge-

werkschaftsverbund des öffentlichen Dienstes mit demokratisierender Funktion werden wir die Wahlprogramme der Parteien genau unter die Lupe nehmen. Wir erwarten von allen demokratischen Parteien ein klares Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Dienst. Dazu gehören eine aufgabengerechte personelle und sachliche Ausstattung, moderne Arbeitsbedingungen und eine wettbewerbsfähige Bezahlung. Nur so können wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen handlungsfähigen Staat erhalten und stärken.

Ein weiterer wichtiger Termin im kommenden Jahr sind die allgemeinen Personalratswahlen. Starke und engagierte Personalräte sind das Fundament

unserer Mitbestimmung. Sie setzen sich tagtäglich für die Interessen der Beschäftigten ein, sei es bei Arbeitszeitregelungen, Gesundheitsschutz oder Personalentwicklung. Ich rufe alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt nicht nur die Position der Personalräte gegenüber den Dienstherren, sondern ist auch ein wichtiges Signal für die Bedeutung der Mitbestimmung in unserer Arbeitswelt. Ebenso wichtig ist aber auch die Bereitschaft, zu kandidieren und in den gewählten Personalräten engagiert mitzuarbeiten. Auch darum bitte ich.

Zum Personalvertretungsrecht Rheinland-Pfalz ist allerdings – leider – noch ein sehr offenes Wort notwendig:

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 19. Dezember 2024 eine umfangreiche Novellierung beschlossen. Man höre und staune: Beschlossen hat der Landtag ohne eine Anhörung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ohne jede Debatte und ohne sich mit unseren vielen von der Landesregierung nicht aufgenommenen Forderungen der Gewerkschaften erkennbar zu beschäftigen. Aus dieser gemeinsamen Haltung aller Landtagsfraktionen (Koalition und Opposition!) spricht das Gegenteil von Wertschätzung für die Bedeutung des Personalvertretungsrechts, für den Stellenwert der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und für die Motivation der vielen Hundert Kolleginnen und Kollegen, die sich in ihren Personalräten landauf und landab für unsere

Beschäftigten engagieren. So wird dem Personalvertretungsrecht ein schlimmer Bären-dienst erwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vor uns liegenden Aufgaben sind weiterhin groß.

Lassen Sie uns gemeinsam für unsere Ziele eintreten: für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst.

Nur wer aktiv die Zukunft des öffentlichen Dienstes mitgestaltet, kann seine Ideen und Wünsche einbringen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches Jahr 2025!

Mit herzlichen Grüßen
Lilli Lenz

dbb Jahrestagung 2025

Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

Deutliches dbb Signal mit aktuellem Bezug

Die Gefährdung unserer Demokratie durch Populisten, Fachkräftemangel, eine angespannte Haushaltslage – die zahlreichen Herausforderungen, die unser Land in politisch wie gesellschaftlich angespannten Zeiten zu bewältigen hat, sind aus dbb Sicht groß. Diese Themen und auch Fragen zur Leistungs- und Handlungsfähigkeit unseres Staates beschäftigen den Wahlkampf zur Bundestagswahl und standen im Fokus des dbb Jahresauftakts in der Jahrestagung am 6. und 7. Januar 2025 in Köln.

Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, hielt in Vertretung des erkrankten Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach eine starke Eröff-

nungsrede mit klaren Kernpunkten.

> **Aktuelle Herausforderungen**

Volker Geyer betonte die komplexe globale Situation, einschließlich des Krieges in der Ukraine, Instabilität im Nahen Osten und zunehmenden Populismus. Er kritisierte, dass Deutschland nicht ausreichend auf diese neue Lage vorbereitet sei.

> **Zustand des öffentlichen Dienstes**

Sage und schreibe 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger meinen, der Staat sei mit seinen Aufgaben überfordert. Volker Geyer forderte mit Blick



> In Köln dabei: Landesfrauenchefin Claudia Rüdell, Seniorenchef Robert Tophofen, Landesbundchefin Lilli Lenz, Tarifchef Peter Mertens, DSTG Bundesfrauenvertreterin Johanna Mieder und Landesjugendleiter Florian Neumann (von links).

auf diesen prekären Befund mehr Investitionen in den öffentlichen Dienst sowie bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte. Er kritisierte erneut die verfassungswidrige Besoldung von Bundesbeamten und die anhaltende 41-Stunden-Woche.

> **Prioritäten für einen funktionierenden Staat**

Geyer bemängelte energisch die ständige Zunahme von Aufgaben, Gesetzen und Verordnungen, die die Beschäftigten

des öffentlichen Dienstes an ihre Grenzen bringen. Neben besserer Bezahlung, Ausstattung und optimierten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gehören für den dbb Vize unter dem Stichwort Aufgabenkritik und Bürokratieabbau viel mehr Mut zur Überprüfung und Reduzierung von Verwaltungsaufgaben und Vorschriften sowie mehr Geld für Digitalisierung, Infrastruktur und staatliche Daseinsvorsorge ganz oben auf die Prioritätenliste der (Regierungs-) Politik.



© dbb/Andreas Pein

> Volker Geyer

> **Forderungen an die kommende Bundesregierung**

Adressiert an die zukünftige Bundesregierung forderte Volker Geyer ein klares Bekenntnis zu einem leistungsfähigen und modernen öffentlichen Dienst sowie gute Arbeitsbedingungen für das Personal, einschließlich eines starken Berufsbeamtentums.

Er unterstrich die Rolle des dbb als konstruktiver Reformpartner und forderte einen intensi-

ven Dialog mit der Politik zur Lösung der angesprochenen Herausforderungen.

Volker Geyer betonte in seiner Rede die Bedeutung der Arbeitszeitsouveränität als wichtigen Aspekt für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Er kritisierte, dass der öffentliche Dienst in Bezug auf Arbeitszeitsouveränität weit hinter der Privatwirtschaft zurückliege. In der bevorstehenden Einkommensrunde für Bund und Kommunen fordere der dbb neben Gehaltsforde-

rungen auch mehr Arbeitszeitsouveränität und Entlastung für die Beschäftigten. Volker Geyer sieht darin eine Chance, den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Er kritisierte zudem, dass Bundesbeamte immer noch 41 statt 39 Stunden pro Woche arbeiten müssen, obwohl dies vor 18 Jahren nur als vorübergehende Maßnahme eingeführt wurde.

Details zur Tagung sind im Internet nachles- und anschau- bar unter www.dbb.de. ■

Einkommensrunde 2025 – Bund und Kommunen

Jetzt: 8 Prozent, mindestens 350 Euro

Mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit

Nun geht es los mit der Tarifaussensatzung im Bereich Bund und Kommunen (TVöD): Der Auftakt der Tarifverhandlungen findet am 24. Januar 2025 statt. Weitere Verhandlungstermine sind für den 17./18. Februar 2025 sowie für den 14. bis 16. März 2025 vereinbart.

Die Befürchtung des dbb und seiner betroffenen Mitgliedsgewerkschaften ist, dass Bund und Kommunen sich als Arbeitgeber mal wieder hinter rhetorischen Mauern verstecken, nachdem sie die gewerkschaftlichen Forderungen vom 9. Oktober 2024 umgehend als utopisch abkanzelten.

Dabei geht es um nichts Geringeres als die Zukunftssicherung des öffentlichen Dienstes und damit des funktionierenden Staatswesens.

dbb Bundeschef Ulrich Silberbach sagte bei der Forderungsvorstellung im Herbst nicht umsonst: „Wir brauchen endlich Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen, die unser Land am Laufen halten und die Arbeit der 570 000 fehlenden Beschäftigten im öffentlichen

Dienst miterledigen. Und wir müssen endlich attraktiver werden, um diese offenen Stellen besetzt zu bekommen.“

dbb Tarifchef Volker Geyer kommentierte das Forderungspaket ebenfalls entschieden: „Natürlich brauchen und wollen die Kolleginnen und Kollegen mehr Geld. Dass die Inflation aktuell nicht weiter steigt, heißt ja nicht, dass der aufgetürmte Sockel der letzten Jahre verschwunden ist. Außerdem bedeutet eine niedrigere Inflation nicht automatisch, dass auch die Preise für das alltägliche Leben sinken. Wer selbst einkauft, weiß, wovon ich spreche. Die Einkommenserhöhung steht im Zentrum, aber das Thema Arbeitszeit ist auch keine Zierde am Rande, sondern essenziell. Viele Kolleginnen und Kollegen schaffen es sonst nicht mehr, den immer anspruchsvolleren Tätigkeiten gerecht zu werden. Was wäre gewonnen, wenn diese Menschen dem öffentlichen Dienst den Rücken kehrten? Denn die attraktiven Arbeitszeiten gibt es woanders. Und der Weg in die Privatwirtschaft ist für unsere gut ausgebildeten Fachkräfte nicht weit.“



Die Einkommensrunde wird wegen der allgemein angespannten Finanzlage in den Kommunen alles andere als einfach. Auch der Bund wird zusehen, dass er sein Geld zusammenhält. Erschwerend kommt hinzu: Womöglich hat sich die neue Bundesregierung nach der Wahl am 23. Februar 2025 bis zur dritten terminierten Verhandlungsrunde Mitte März noch nicht zusammengerüttelt. Wer ist dann sprechfähig für den öffentlichen Arbeitgeber Bund? Es könnte sein, dass es dann mal wieder länger dauert mit negativen Folgen für die Verhandlungen. Man wird sehen, wie die Motivationslage der Arbeitgeberseite letztlich ist. Pessimisten unken schon über eine Schlichtung, eine diesbezügliche Vereinbarung ist zwischen den Tarifvertragsparteien gültig.

Alle Zeichen stehen demzufolge aus Gewerkschaftsicht auf Zoff – auch auf der Straße.

Wenn es sein muss, müssen alle Statusgruppen solidarisch aktionsbereit Masse bringen und für die berechtigten Arbeitnehmerforderungen auf die Gasse, denn: Auf die TVöD-Verhandlungen folgen die Ländertarifverhandlungen mit jeweils anschließender Ausstrahlungswirkung auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen sowie der Beamten. Gefordert ist hier die systemgerechte zeit- und inhalts- gleiche Tarifübertragung.

Der dbb rheinland-pfalz ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf zur Aktionsbeteiligung: Halten Sie die Augen auf nach Aufrufen zur Demo und zum Protest, machen Sie mit und setzen Sie ein Zeichen, wenn es mit der Gewerkschaft heißt: „Flagge zeigen!“

> **Hintergrund**

Der dbb fordert für die Einkommensrunde TVöD im Kern:

Entgelt

- Die Entgelterhöhung soll im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich (Laufzeit zwölf Monate) betragen.
- Das Volumen kann auch zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen genutzt werden; hierzu sind Zulagen und Zuschläge zu erhöhen.

Für Auszubildende, dual Studierende, Praktikantinnen/Praktikanten wurde sich auf folgende Forderungen geeinigt:

- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, dual Studierenden, Praktikantinnen/Praktikanten um 200 Euro monatlich (Laufzeit zwölf Monate)
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden und Studie-

renden nach erfolgreichem Abschluss in Vollzeit im erlernten Beruf

Auch folgende neue Arbeitszeitregelungen werden gefordert:

- Zusätzlich sollen drei freie Tage (§ 26 TVöD) zum Ausgleich für die hohe Verdichtung der Arbeit sowie ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder gewährt werden.

- Die Berechnung des Durchschnitts der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit soll unter Zugrundelegung eines Zeitraums von längstens einem Monat erfolgen.

- Die Einrichtung eines „Mehr-Zeit-für-mich-Kontos“, über das die Beschäftigten (ohne Nachwuchskräfte) eigenständig verfügen (Zeitsouveränität).

Bundestagswahl 2025

Starker öffentlicher Dienst für eine stabile Demokratie

Wahlaufruf des dbb rheinland-pfalz

Gewerkschaften sind seit jeher eine der stärksten demokratischen Bewegungen in unserem Land. Sie stehen für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung – Werte, die nicht nur die Arbeits- und Wirtschaftsordnung sowie den Arbeitsplatz betreffen, sondern das Fundament einer gerechten Gesellschaft bilden. Das prägt unser Handeln und fordert uns auf, Demokratie aktiv zu leben, zu gestalten und zu verteidigen.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl 2025 fordert der dbb rheinland-pfalz die Stärkung des öffentlichen Sektors als Grundpfeiler unserer Demokratie.

> Investitionen in die Zukunft unseres Landes

„Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats und unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, betont die dbb Landeschefin Lilli Lenz. „Der dbb fordert daher zusätzliche Investitionen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung. Soziale Gerechtigkeit erfordert zwingend einen intakten, qualifizierten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Eine ange-

messene Personalausstattung und Bezahlung bei Bund, Ländern und Kommunen sind unverzichtbar, die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ressourcen ist eine zentrale Aufgabe für Parlamente und Regierungen.“

> Stärkung des Vertrauens in staatliche Institutionen

Um das Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Staat zu stärken, müssen Verwaltungsdienstleistungen aus dbb Sicht modernisiert, digitalisiert und in einem zügigen und bürgerfreundlichen Tempo erledigt werden. Gleichzeitig braucht es mehr Schutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Bedrohung und körperlicher Gewalt.

> Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

„Ein vielfältiger öffentlicher Dienst, der die Gesellschaft widerspiegelt, ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt“, so Lilli Lenz weiter. Der dbb unterstützt daher Initiativen zur Erhöhung der personellen Vielfalt (Diversität) in der gesamten öffentlichen Verwaltung. Zuwanderer müssen unter Beachtung der erforderlichen Qualifikati-

onsvoraussetzungen in den Personalkörper des öffentlichen Dienstes integriert werden.

Gut funktionierende Verwaltungsdienstleistungen sind Grundvoraussetzung für das Ansehen des Staates und gelungene Daseinsvorsorge.

> Appell

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen wie sozialer Spaltung, Klimakrise und globalen Unsicherheiten. Gerade in Zeiten wie diesen ist es entscheidend, dass wir Solidarität nicht nur als Schlagwort verstehen, sondern im Alltag leben. Nur gemeinsam können wir eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der niemand zurückgelassen wird – sei es in der Arbeitswelt oder im sozialen Leben.

Die Sicherung unserer Demokratie ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft. Dies bedeutet, Extremismus vorzubeugen und zu bekämpfen sowie die demokratischen Werte durch Bildung und Engagement zu stärken. Dies bedeutet aber auch, unsere Demokratie gegen Desinformation und autoritäre Einflüsse zu schützen. Hier sind Gewerkschaften nicht nur Beobachter, sondern aktive Ak-

teure im Kampf für eine offene und vielfältige Gesellschaft.

Lilli Lenz: „Die Bundestagswahl 2025 ist ein entscheidender Faktor für die Gestaltung unserer Zukunft. Es liegt an uns allen, Verantwortung zu übernehmen und unsere Stimme für eine Politik der Gerechtigkeit, Teilhabe und Solidarität einzusetzen. Wir rufen alle politischen Parteien dazu auf, die zentrale Rolle des öffentlichen Dienstes für unsere Demokratie anzuerkennen und sich für dessen Stärkung einzusetzen. Nur mit einem gut ausgestatteten und motivierten öffentlichen Dienst können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern und das Vertrauen der Bürger in unseren Staat nachhaltig sichern.“

An die Adresse der Bürgerinnen und Bürger gerichtet, betont die dbb Landesvorsitzende: „Gehen Sie auf die politischen Parteien und Gruppierungen und ihre Kandidatinnen und Kandidaten in den Städten und Gemeinden zu! Fragen Sie nach ihren Plänen für die künftige Gestaltung des öffentlichen Dienstes. Und am allerwichtigsten ist: Gehen Sie wählen und geben Sie Ihre Stimme demokratischen Wahlbewerbern.“